



Geschäftsführung Wirtschaftsausschuss

Frau Kleindienst

Telefon: (0221) 221-35591

Fax: (0221) 221-24141

E-Mail: Ulrike.Kleindienst@stadt-koeln.de

Datum: 18.07.2019

Niederschrift

über die **37. Sitzung des Wirtschaftsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 24.06.2019, 17:05 Uhr bis 19:00 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jörg van Geffen	SPD
Herr Dr. Jürgen Strahl	CDU
Frau Elisabeth Thelen	GRÜNE
Herr Christian Joisten	SPD
Herr Malik Karaman	SPD
Herr Andreas Pöttgen	SPD
Frau Claudia Heithorst	CDU
Herr Dr. Martin Schoser	CDU
Frau Ira Sommer	CDU
Herr Jörg Frank	GRÜNE
Herr Berndt Petri	DIE LINKE
Frau Claudia Klein	FDP

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Prof. Dr. Birgitt Killersreiter	GRÜNE
Herr Thomas Welter	CDU

Beratende Mitglieder

Herr Roman Gudel	auf Vorschlag der AfD
Herr Eugen Litvinov	Integrationsrat
Herr Dr. Hermann Hollmann	auf Vorschlag der SPD
Herr Wolfgang Jehle	auf Vorschlag der Grünen
Herr Andreas Lohaus	auf Vorschlag der Grünen
Herr Rainer Schäfer	auf Vorschlag der Grünen
Herr Wolfgang Lindweiler	auf Vorschlag von DIE LINKE

Verwaltung

Herr Beigeordneter Markus Greitemann	Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen
Herr Jörg Bambeck	Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen
Herr Michael Josipovic	Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen – Stabsstelle Wirtschaftsförderung
Herr Detlef Fritz	Amt für Liegenschaften, Vermessung und Katasterwesen
Herr Hermann Breuer	Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Frau Sigrid Gramm	Amt für Soziales, Arbeit und Senioren

Gäste

Herr Dr. Michael Stückradt	Universität zu Köln
Herr Markus Gerhards	Universität zu Köln

Schritfführerin

Frau Ulrike Kleindienst	Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen
-------------------------	---

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Sabine Pakulat	GRÜNE
---------------------	-------

Beratende Mitglieder

Herr Dirk Bachhausen	St. Sebastianus und Afra Schützenbruderschaft
Herr Hermann Jutkeit	auf Vorschlag der SPD
Herr Dr. Witich Roßmann	auf Vorschlag der SPD
Herr Markus Sterzl	auf Vorschlag der SPD
Herr Gero Fürstenberg-Schröder	CDU
Herr Nicolai Lucks	auf Vorschlag der CDU
Herr Thomas Tewes	auf Vorschlag der CDU
Herr Christian Nüsser	FDP

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Abdullah Aydik	Integrationsrat
Frau Natalie Hagen	KLuST e.V.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Vorsitzende, Herr van Geffen, begrüßt und verpflichtet das neue Mitglied Herrn Roman Gudel, der in der Ratssitzung am 21.05.2019 für den Wirtschaftsausschuss benannt worden ist.

Anschließend begrüßt er die Ausschussmitglieder, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, die Presse sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer.

Der Vorsitzende erläutert zur Tagesordnung, dass folgende Änderungen bzw. Ergänzungen vorliegen:

- Zu 3.2 Beantwortung mündlicher Nachfragen von Herrn Frank und Herrn Strahl betr.:
"Weitere Perspektiven der Kölner Wochenmärkte"
2059/2019
(Zugesetzt) - Tischvorlage

- Zu 4.1 Beantwortung der Anfrage der AfD-Fraktion betr.: "Aufgaben und Zielerreichung Metropolregion Rheinland" (AN/0561/2019)
2238/2019
(Zugesetzt) - Tischvorlage

- 4.2 Anfrage der SPD-Fraktion betr.: "Sachstand Markenprozess Köln - Wie wird die „Marke Köln“ fortgeführt und weiterentwickelt?"
AN/0890/2019
(Zugesetzt)

- 4.3 Anfrage der SPD-Fraktion betr.: "Sachstand Markenprozess Köln - Wie wird die „Marke Köln“ fortgeführt und weiterentwickelt? Weitere Fragen zum Sachstand"
AN/0891/2019
(Zugesetzt)

- 4.4 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.:
"Großmarkt Köln – Verlängerung der Miet- u. Pachtverträge, Instandsetzung
AN/0931/2019
(Zugesetzt) - Tischvorlage

- 6.2 3. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2019 über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2019
1712/2019
(Zugesetzt)
(Die Beschlussvorlage wurde als Sammelumdruck am 11.06.2019 versendet. Ich bitte die Unterlagen bereitzuhalten.)

- 6.3 Beschäftigung Langzeitarbeitsloser
1841/2019
(Zugesetzt) - Tischvorlage

- 11.1 Gesundheits- und Sozialwesen – Beschäftigungsentwicklung in Köln und im Regionalvergleich 2008 bis 2018
2127/2019
(Zugesetzt)

Des Weiteren schlägt er vor, den TOP 3.6 direkt nach Eintritt in die Tagesordnung zu behandeln und bittet um die Erteilung eines Rederechts für folgende Gäste:

Herrn Dr. Stückradt Kanzler der Universität zu Köln
und
Herrn Gerhards Universität zu Köln.

Der Wirtschaftsausschuss erklärt sich mit der so geänderten Tagesordnung einverstanden.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von Sachkundigen Einwohnern / Sachkundigen Bürgern

1 Präsentation, anschließend Meinungsaustausch

2 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

3 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

3.1 Beantwortung der mündlichen Anfrage der SPD-Fraktion betr.: "Aktueller Sachstand des Programms "Starke Veedel - Starkes Köln" (Wirtschaftsausschuss am 06.09.2018 - TOP 14.2 - 2024/2018 -)
1092/2019

3.2 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.:
"Weitere Perspektiven der Kölner Wochenmärkte"
AN/0085/2019

Beantwortung mündlicher Nachfragen von Herrn Frank und Herrn Strahl betr.:
"Weitere Perspektiven der Kölner Wochenmärkte"
2059/2019

Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: "Weitere Perspektiven der Kölner Wochenmärkte"
1134/2019

- 3.3 Anfrage der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betr.: "Planungsrechtlicher Sachstand des Hafenausbaus Godorf"
AN/0363/2019

Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betr.: "Hafenausbau Godorf" (AN/0363/2019)
1924/2019

- 3.4 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: "Verlagerung von Nutzern des Deutzer Hafens"
AN/0364/2019

- 3.5 Reformprojekt "Neugestaltung der Vergabeprozesse", 0057/2018
RM Frank hat in der Sitzung am 01.03.2018 darum, die Ausschüsse zu gegebener Zeit über den Start des Pilotprojektes und über das Ergebnis zu informieren.

- 3.6 Gesamtübersicht der Planungen für die Universität zu Köln (2421/2018)
RM Frank hat in der Sitzung am 06.09.2018 um eine Ergänzung der Mitteilung hinsichtlich der "Schnittmenge" zu den Planungen der Stadt Köln gebeten.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung

- 4.1 Anfrage der AfD-Fraktion betr.: "Aufgaben und Zielerreichung Metropolregion Rheinland"
AN/0561/2019

Beantwortung der Anfrage der AfD-Fraktion betr.: "Aufgaben und Zielerreichung Metropolregion Rheinland" (AN/0561/2019)
2238/2019

- 4.2 Anfrage der SPD-Fraktion betr.: "Sachstand Markenprozess Köln - Wie wird die „Marke Köln“ fortgeführt und weiterentwickelt?"
AN/0890/2019

- 4.3 Anfrage der SPD-Fraktion betr.: "Sachstand Markenprozess Köln - Wie wird die „Marke Köln“ fortgeführt und weiterentwickelt? Weitere Fragen zum Sachstand"
AN/0891/2019

- 4.4 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: "Großmarkt Köln – Verlängerung der Miet- u. Pachtverträge, Instandsetzung"
AN/0931/2019

- 5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**
- 6 Beteiligung des Wirtschaftsausschusses an wirtschaftsrelevanten Planungen**
 - 6.1 Einzelhandels- und Zentrenkonzept (EHZK) - Fortschreibung
hier: Ausnahmeregelung für Erweiterungen von Lebensmittelmärkten in städtebaulich integrierter Lage
3860/2018
 - 6.2 3. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2019 über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2019
1712/2019
 - 6.3 Beschäftigung Langzeitarbeitsloser
1841/2019
- 7 Unterrichtung des Wirtschaftsausschusses über wirtschaftsrelevante Angelegenheiten**
 - 7.1 Berichtspflicht gemäß § 42 Geschäftsordnung des Rates - Bericht an den Wirtschaftsausschuss, Stand 31.12.2018
1320/2019
- 8 Marktwesen**
- 9 "koeln.de"**
- 10 Medien- und Internetwirtschaft in Köln**
- 11 Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation**
 - 11.1 Gesundheits- und Sozialwesen – Beschäftigungsentwicklung in Köln und im Regionalvergleich 2008 bis 2018
2127/2019
- 12 Beschäftigungsförderung / Arbeitsmarktförderung**
- 13 Förderung und Sicherung des Industriestandortes Köln (Ratsbeschluss vom 31.01.2002)**
- 14 Mitteilungen**
 - 14.1 Stadtentwicklungskonzept Wirtschaft – Ergebnisse der Büroflächenerhebung
1491/2019

14.2 Rücknahmen der Klage gegen Baugenehmigung Containerterminal Niederkassel
1769/2019

14.3 Veröffentlichung der Studie "LSBTIQ als Wirtschaftsfaktor für Köln"
1871/2019

15 Allgemeine Beschlussvorlagen

16 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

17 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

18 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung

19 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

20 Mitteilungen

21 Allgemeine Beschlussvorlagen

22 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von Sachkundigen Einwohnern / Sachkundigen Bürgern

1 Präsentation, anschließend Meinungsaustausch

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

2 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

3 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

3.1 Beantwortung der mündlichen Anfrage der SPD-Fraktion betr.: "Aktueller Sachstand des Programms "Starke Veedel - Starkes Köln" (Wirtschaftsausschuss am 06.09.2018 - TOP 14.2 - 2024/2018 -) 1092/2019

Der Wirtschaftsausschuss nimmt die Beantwortung der mündlichen Anfrage zur Kenntnis.

3.2 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: "Weitere Perspektiven der Kölner Wochenmärkte" AN/0085/2019

Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: "Weitere Perspektiven der Kölner Wochenmärkte" 1134/2019

Beantwortung mündlicher Nachfragen von Herrn Frank und Herrn Strahl betr.: "Weitere Perspektiven der Kölner Wochenmärkte" 2059/2019

Herr Frank geht auf die zusätzliche Beantwortung ein, die sich mit dem Projekt „meet & eat“ am Rudolfplatz befasst und weist darauf hin, dass im August die Genehmigungen für diese Nutzer auslaufen. Er merkt an, dass seinerzeit keine Ausschreibung gemacht worden sei, und ist nun der Auffassung, dass es notwendig ist eine Marktabfrage zu veranlassen, um zu eruieren, ob es noch andere Interessenten gibt. Er schlägt vor - um auch Wettbewerb zuzulassen -, dass die Genehmigung für diesen Markt für ein Jahr erfolge und es dann zu einem ganz normalen Interessenbekundungsverfahren kommen könne. Abschließend äußert er, dass es in der Beantwortung eine Reihe von Hinweisen darauf gebe, dass aus den Wochenmärkten mehr gemacht werden könne (z. B. Veränderung des Angebotes und der Öffnungszeiten mit Blick auf die jeweiligen Stadtviertel und der Kundschaft). Des Weiteren ist er der Auffassung,

dass dies ein wichtiges Segment für die nahversorgende Bevölkerung sei, was gestärkt werden müsse.

Herr Fritz, 23 – Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster, informiert, dass rechtlich gesehen der „meet & eat“ Markt als Wochenmarkt festgesetzt wurde und es deshalb formal keine Ausschreibung gegeben habe. Er erläutert, dass es richtig sei, dass die Genehmigung im August auslaufe und die Verwaltung eigentlich beabsichtige den bisherigen Betreiber wieder zu beauftragen. Er merkt an, dass die Verwaltung den Vorschlag – die Verlängerung auf ein Jahr zu befristen und das Veröffentlichungsverfahren zu starten - gerne übernehmen und prüfen werde. Er berichtet, dass die Verwaltung darauf hingewiesen habe, dass aus der Entwicklung heraus „meet & eat“ auch ein Projekt des jetzigen Betreibers gewesen sei, der das Ganze entwickelt und tatsächlich ein sehr erfolgreiches Format gefunden habe.

Abschließend äußert er, dass bei der Beantwortung der Anfrage zu den Wochenmärkten hoffentlich auch deutlich geworden sei, dass dies auch im Interesse der Verwaltung sei, die Entwicklung voranzutreiben und weist auf zahlreiche Projekte in dieser Richtung hin.

Frau Thelen äußert, dass die Verwaltung in der Beantwortung schreibe, dass sie die angestrebten Befragungen näher hinterfrage, und bittet um Erläuterung in welcher Form eine solche Befragung gemacht werde. Sie merkt an, dass die Marktumfrage auch erfolgreich sein sollte, damit die Verwaltung dann den Marktbestückern eine Empfehlung aussprechen könne (z. B. welches Format mit welchem Angebot an welchem Platz Gewinn bringe). Des Weiteren fragt sie nach der Positionierung der Verwaltung in dieser Angelegenheit, z. B. welche Form von Evaluation, welche Firma soll extern beauftragt oder welche Datengrundlagen sollen verwendet werden, um dann eine Serviceleistung für die Marktbesucher auszusprechen.

Herr Fritz merkt an, dass die Verwaltung dazu noch keine abschließende Meinung habe, da der verwaltungsinterne Prüf- und Abstimmungsprozess nicht abgeschlossen sei. Er habe z. B. gerade vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Herrn Breuer, gehört, dass es dazu - aus der Bevölkerung heraus - Umfragedaten gebe, und kündigt für Herbst d. J. ein entsprechendes Konzept an.

Der Wirtschaftsausschuss nimmt die Beantwortungen zur Kenntnis.

**3.3 Anfrage der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betr.: "Planungsrechtlicher Sachstand des Hafenausbaus Godorf"
AN/0363/2019**

**Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betr.: "Hafenausbau Godorf"
(AN/0363/2019)
1924/2019**

Herr Frank merkt an, dass die Beantwortung den Status kläre, aber er habe noch eine Nachfrage zum Beschluss in 2011. Er informiert, dass über die wasserrechtlichen und eisenbahnrechtlichen Planfeststellungsverfahren gesprochen worden seien, die parallel zum Bebauungsplan und dem Flächennutzungsplan laufen sollten. Es ist für ihn von Interesse, ob dies seinerzeit angegangen wurde oder ob es sich erledigt habe.

Herr Beigeordneter Greitemann, Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen, bedankt sich bei Herrn Frank für die gestellte Anfrage, da er sich bis dato mit dem „Hafenausbau Godorf“ nicht beschäftigt habe, und er jetzt tief einsteigen durfte. Er äußert, dass er die im Vorfeld der Sitzung zur Verfügung gestellten Fragen zur Beantwortung weitergegeben habe, aber ihm noch keine Rückmeldung vorliege. Er weist darauf hin, dass die Beantwortung schriftlich erfolge.

Herr Joisten äußert, dass er die Antwort mit Interesse zur Kenntnis genommen habe, und weist darauf hin, dass es zumindest keinen Sachstand zum weiteren Bebauungsplanverfahren gebe. Er merkt an, dass hier der Satz „Das Verfahren ist in 2015 nicht weiter bearbeitet worden.“ stehe, dabei könne – was präziser wäre - auch gesagt werden „Das Verfahren ist seit 2015 nicht weiter bearbeitet worden.“, da ab diesem Zeitpunkt - nachweislich der Antwort - nichts weiter passiert sei. Er fragt, warum und auf wessen Veranlassung – trotz eines gültigen Ratsbeschlusses – es hier seit 2015 einen Stillstand der Rechtspflege gebe, obwohl zwischenzeitlich Urteile ergangen seien. Abschließend fragt er die Verwaltung, wie es jetzt weitergehen solle, da dieses Thema aus verkehrs- und klimapolitischer Sicht aktueller denn je sei.

Herr Beigeordneter Greitemann äußert, dass er ihm Recht gebe, dass die Verwaltung statt „in 2015 ...“ auch „seit 2015 an der Sache nicht weitergearbeitet habe“ schreiben könne. Er informiert, dass es einen klaren Ratsbeschluss gebe und das Projekt in der Projektliste aufgenommen worden sei, d. h. sofern die Priorisierung (Priorität beim Schulbau und Wohnungsbau) es zuließe, daran weitergearbeitet würde. Er sagt zu, den Wirtschaftsausschuss bei Vorliegen eines neuen Sachstandes in Kenntnis zu setzen.

Herr Joisten fragt, ob er es richtig sehe, dass er keinen Zeithorizont bzgl. der Prioritätensetzung benennen könne.

Herr Beigeordneter Greitemann bestätigt die Aussage von Herrn Joisten.

Herr Frank merkt an, dass in der Mittwochsausgabe der Tageszeitung die Zeitschrift der HGK (Häfen und Güterverkehr Köln) beigefügt war, und dort im Innenteil der Übersicht hieß es zum Thema „Godorfer Hafen“: „Derzeit gibt es keine Mehrheit für den Hafenausbau im Kölner Rat.“ Er glaube, dass das einiges beantworten könne, da die HGK auf „Ballhöhe“ sei.

Der Wirtschaftsausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis

3.4 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: "Verlagerung von Nutzern des Deutzer Hafens" AN/0364/2019

Herr Josipovic, VI/2 – Stabsstelle Wirtschaftsförderung, entschuldigt, dass aufgrund verwaltungsinterner Auszeichnungsprobleme noch keine schriftliche Beantwortung erfolgt sei und kündigt eine Beantwortung zur nächsten Sitzung an.

Herr Frank bittet um kurzfristige Weiterleitung an die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses nach Fertigstellung der Beantwortung.

Herr Josipovic sagt dies zu.

**3.5 Reformprojekt "Neugestaltung der Vergabeprozesse", 0057/2018
RM Frank bat in der Sitzung am 01.03.2018 darum, die Ausschüsse zu
gegebener Zeit über den Start des Pilotprojektes und über das Ergebnis
zu informieren.**

Herr Beigeordneter Greitemann, Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen, informiert, dass das Reformprojekt „Neugestaltung der Vergabeprozesse“ noch nicht abgeschlossen sei. Er weist darauf hin, dass die Verwaltung den Wirtschaftsausschuss nach Abschluss des Projektes über das Ergebnis informieren werde.

Der Wirtschaftsausschuss nimmt die mündlichen Informationen zur Kenntnis.

**3.6 Gesamtübersicht der Planungen für die Universität zu Köln (2421/2018)
RM Frank hat in der Sitzung am 06.09.2018 um eine Ergänzung der Mit-
teilung hinsichtlich der "Schnittmenge" zu den Planungen der Stadt
Köln gebeten.**

Die Angelegenheit wurde direkt nach Eintritt in die Tagesordnung behandelt.

Herr Dr. Stückradt, Kanzler der Universität zu Köln, bedankt sich für die Einladung und berichtet, dass Herr Beigeordneter Greitemann ihn angerufen und gebeten habe, im Wirtschaftsausschuss die großen Linien des neuen Masterplans Bau, mit besonderen Akzenten zu den Schnittmengen von Universität und Stadt Köln sowie die Akzente, die von Bedeutung für die Wirtschaft seien, vorzustellen. Er weist darauf hin, dass Herr Gerhards und er anschließend evtl. Fragen aus der Politik beantworten und die Präsentation – sofern gewünscht – als Anlage zur Niederschrift weiterleiten würde. Er berichtet über die Bedeutung der Hochschulstandorte für die Stadt Köln und erläutert, dass Köln die drittgrößte Stadt der Studierenden in Deutschland - mit etwa 110.000 Studierenden - sei, mehr gebe es nur in Berlin und München. Er weist darauf hin, dass ca. 14.000 Absolventinnen und Absolventen davon in Köln bleiben würden, d. h. die Hochschulen bieten Köln die Möglichkeit auf viele gut ausgebildete junge Menschen zurückzugreifen. Er informiert, dass die Universität zum ersten Mal einen Masterplan Bau in den Jahren 2010 bis 2012 – für den Zeitraum bis etwa 2020 - aufgestellt habe, der ähnlich wie seine Fortschreibung, in enger Abstimmung mit den jeweiligen Baudezernenten der Stadt und in einer Rückkopplung erstellt wurde. Er äußert, dass die Universität 2016 mit der Aktualisierung des Masterplans begonnen und ihn 2017/2018 – für den Zeitraum bis 2030 - fertiggestellt habe (siehe Anlage).

Herr Frank bedankt sich für die Ausführungen und merkt an, dass es für alle sehr interessant sei die Präsentation in Form einer Darstellung, mit einem Plan der neuen Gebäude und deren Funktion, zu bekommen. Des Weiteren bittet er um Informationen zum Inkubator der Universität für wirtschaftliche Entwicklungen und Startups – evtl. inhaltliche Beschreibungen -, zum Grünausgleich aus städtebaulicher Sicht und zur Mensa, die aus seiner Sicht unter Denkmalschutz gehöre.

Herr Dr. Stückradt informiert zum Innovationszentrum, dass er die Präsentation dahingehend noch erweitern müsse. Er merkt an, dass von der Mensa Ende der 60er Jahre gesprochen werde und dass sie nicht unter Denkmalschutz stehe. Er weist darauf hin, dass eine räumliche Verschiebung – Anpassung in die Bebauung des Grüngürtels – vorgesehen sei und Herr Gerhards ausführlicher zum Grünausbau berichte.

Herr Gerhards äußert, dass es durch die bisher errichteten Gebäude keinen Eingriff in den Grünausgleich gegeben habe, so dass von dem Grüngürtel gar nicht so viel angefasst werde.

Herr Joisten bedankt sich für die Ausführung und merkt an, dass immer wieder darauf hingewiesen werde, dass die Universität auch eine Erfahrungs- und Anfasslandschaft schaffen möchte, um insbesondere für die „MINT“-Berufe und Studiengänge stärker zu werben. Er fragt, ob es eine bauliche Entwicklung – Art „Science Center“ – an der Universität gebe oder ob mit dem Projekt an Schulen o.ä. gegangen werde.

Herr Dr. Stückradt informiert, dass das Projekt über Schulkooperationen - in ausgestatteten Räumen naturwissenschaftliche Experimente mit Schülerinnen und Schülern (angepasst auf deren Niveau) – laufe. Er merkt an, dass von dem Angebot in den Räumen der Naturwissenschaft regelmäßig Gebrauch gemacht werde, aber die Errichtung eines „Science Centers“ nicht angedacht sei.

Herr Dr. Strahl weist darauf hin, dass die Zurückführung der Mensa nur über die Gebäudehöhe möglich sei und fragt, inwieweit das machbar sein werde, da sich die Universität im Landschaftsschutzgebiet bewege. Er bittet bei der geplanten Erweiterung den Biocampus in Bocklemünd als Möglichkeit der Unterbringung von naturwissenschaftlichen Kategorien zu berücksichtigen. Abschließend fragt er nach der Unterbringung der onkologischen Nachsorge „Haus Lebenswert“, da er davon ausgehe, dass das eine provisorische Unterkunft sei.

Herr Dr. Stückradt informiert, dass die Universität in Köln das Glück habe, dass der Campus der Naturwissenschaften und der Medizin Campus sehr nah beieinander seien, und dadurch eine Reihe von kooperativen Projekten entwickelt habe. Er weist auf die Altersforschungscluster – insbesondere das C-Kat Cluster – hin, das im Rahmen der Exzellenzstrategie des Bundes und Landes zum dritten Mal gefördert werde. Zur Thematik „Haus Lebenswert“ bestehe noch Klärungsbedarf.

Herr Gerhards berichtet, dass zur baulichen Höhe der Mensa und Weiterentwicklung des Zülpicher Walls ein Beschluss im Stadtentwicklungsausschuss getroffen wurde und die Universität jetzt die nächsten Schritte gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung gehe.

Herr Dr. Hollmann fragt nach dem Stand des Markenprozesses und ob sich die Universität bei einer Neuauflage bzw. Weiterführung eines Markenprozesses – auch in der Rolle - als wesentlicher Akteur sehe.

Herr Dr. Stückradt merkt an, dass er hier eine sehr intensive Zusammenarbeit zwischen der Stadt und der Universität sehe, und es sollten auch alle wissenschaftlichen Einrichtungen in Köln eingebunden werden. Er ist der Auffassung, dass die Stadt und die Universität diesen Weg gemeinsam gehen sollen, und da finde ein guter Austausch bzw. Gespräche statt.

Herr Dr. Schoser äußert, dass er großen Respekt als Lindenthaler und Kölner für die Erfolge - im internationalen Vergleich - der Universität habe, aber gleichwohl mache er sich Sorgen um den Standort. Er weist darauf hin, dass perspektivisch gesehen – auch im Sinne von Grün und Klimaschutz – darüber nachgedacht werden müsse über die Stadtgrenze hinaus zu denken.

Herr Dr. Stückradt erläutert, dass der Masterplan - so wie er verabschiedet wurde - damit nicht beendet sei, und ob in 10 Jahre andere Wege gegangen werden müssten, sollte im Moment der Zukunft überlassen sein. Er merkt an, dass er offen für die Bedenken des Stadtteils sei und stehe für jede Diskussion zur Verfügung, aber bittet

auch darum, die Notwendigkeit der Erweiterung der Universität – in dieser Form - mitzutragen.

Frau Klein merkt an, dass sie sich über die exzellenten Absolventen(innen) und den Wachstum der Universität freue und fragt nach dem Standort für die Chemie und die Physik. Des Weiteren bittet sie um Informationen zum Thema „Gateway“ und ob es eine fakultätsübergreifende Digitalisierungsstrategie gebe, da das Thema der Vorbereitung Studierender auf die Digitalisierung bei Kölner Unternehmen sehr wichtig werde.

Herr Dr. Stückrath informiert zum Thema Gateway, dass die Universität dazu die Strategie verfolge, dass sie diese Auskunftsöglichkeit nicht nur für die Professorinnen und Professoren, sondern auch für die Kölner Studentinnen und Studenten schaffe, dass dies die Attraktivität der Universität steigern, aber auch der Stadt Köln nutzen könnte. Zur Digitalisierungsstrategie weist er darauf hin, dass ein entsprechendes Center gegründet wurde, in dem alle Lehrstühle, die sich mit Digitalisierungsfragen beschäftigen zusammengefasst worden seien und jetzt werden schrittweise Professorinnen und Professoren berufen und z. B. mit einem CIO (IT-Leiter) die Führungsebene verstärkt, damit noch qualifizierter zu den Fragen beraten werden könne.

Herr Gerhards berichtet, dass der Neubau der Physik an den Altbau angebaut und nach Umzug der Altbau saniert werde. Das gleiche Szenario finde auch mit der Chemie statt. Er weist darauf hin, dass am Zülpicher Wall nur ein Interims Gebäude geplant sei, für das die Universität noch die Rahmenbedingungen klären müsse.

Herr Greitemann merkt aus Sicht der Verwaltung an, dass die Wissenschaftsrunde nicht nur auf baulicher Ebene, sondern insbesondere basierend auf der wissenschaftlichen Ebene zusammenarbeite. Er berichtet über Regeltermine zwischen dem Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen, dem Gebäudemanagement und der Universität zu Köln, in denen über diese Themen intensiv beraten und gesprochen wurde. Er weist darauf hin, dass die Mensa nicht unter Denkmalschutz gestellt sei, aber einige andere Gebäude der Universität (z. B. die Bibliothek, das Hörsaalgebäude u.a.), und zur Entwicklung am Zülpicher Wall befinde sich die Verwaltung und die Universität noch in Abstimmungsgesprächen bzgl. des weiteren Verfahrens. Abschließend äußert er, dass die Verwaltung natürlich landschaftspflegerische Ausgleichsmaßnahmen einfordern müsse, aber das werde die Stadt noch im Bebauungsplanverfahren genau beleuchten. Letztlich sei er aber der Auffassung, dass die Entwicklung der Universität – das Zusammenführen von Studierenden, Wohnen, Wissenschaft und Arbeiten an der Ecke – auch für die Stadt Köln ein gutes Beispiel sein könnte.

Der Wirtschaftsausschuss nimmt die Ausführungen zur Gesamtübersicht der Planungen der Universität zu Köln zur Kenntnis.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung

4.1 Anfrage der AfD-Fraktion betr.: "Aufgaben und Zielerreichung Metropolregion Rheinland" AN/0561/2019

**Beantwortung der Anfrage der AfD-Fraktion betr.: "Aufgaben und Zielerreichung Metropolregion Rheinland" (AN/0561/2019)
2238/2019**

Der Wirtschaftsausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

4.2 Anfrage der SPD-Fraktion betr.: "Sachstand Markenprozess Köln - Wie wird die „Marke Köln“ fortgeführt und weiterentwickelt?" AN/0890/2019

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt schriftlich zur nächsten Sitzung.

4.3 Anfrage der SPD-Fraktion betr.: "Sachstand Markenprozess Köln - Wie wird die „Marke Köln“ fortgeführt und weiterentwickelt? Weitere Fragen zum Sachstand" AN/0891/2019

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt schriftlich zur nächsten Sitzung.

4.4 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: "Großmarkt Köln – Verlängerung der Miet- u. Pachtverträge, Instandsetzung AN/0931/2019

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt schriftlich zur nächsten Sitzung.

5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

6 Beteiligung des Wirtschaftsausschusses an wirtschaftsrelevanten Planungen

6.1 Einzelhandels- und Zentrenkonzept (EHZK) - Fortschreibung hier: Ausnahmeregelung für Erweiterungen von Lebensmittelmärkten in städtebaulich integrierter Lage 3860/2018

Herr van Geffen merkt an, dass es zu diesem Tagesordnungspunkt eine Gesprächsrunde beim Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen, Herrn Beigeordneten

Greitemann, gegeben habe, an der er nicht teilnehmen konnte und bittet um Wortmeldungen.

Herr Frank äußert, dass die Vorlage intensiv – einzelne Gespräche von der Fraktion mit der Verwaltung und in der Runde der Sprecher - beraten worden sei. Er merkt an, dass als Fazit bei der Fraktion festgehalten wurde, dass mindergenutzte Grundstücke oder Grundstücke, die neu durch Discounter bebaut würden, und das Planungsrecht es zuließe, es richtig sei auch dort Wohnungsbau vorzusehen. Weist aber darauf hin, dass der Wohnungsmarkt in Köln so aussehe, dass es keiner zusätzlichen Anreize bedürfe und insofern diese Ausnahmeregelung etwas animieren würde, was sich der Fraktion nicht erschlossen habe. Er ist der Auffassung, da sich das gesamte Einzelhandelskonzept in der Evaluierung und Neuordnung befinde, könne die Verwaltung diese Fragestellung nochmal aufrufen, wenn das gesamte Konzept vorliege, und bittet die Verwaltungsvorlage nicht weiter auf die Tagesordnung zu setzen.

Herr Joisten bedauert sehr, dass es keine Ratsmehrheit – für diesen fortschrittlichen Weg – gebe. Er findet, dass die Verwaltung sehr schlüssig dargelegt habe, mit welcher Vorsicht sie an dieses Verfahren herangehe und wie wenig letztendlich dabei herauskommt. Er merkt an, dass in der jetzigen Situation – wo um jeden Quadratmeter Wohnraum in dieser Stadt gekämpft werde, bevor in die Randlage ausgewichen wird – eine solche Chance ungenutzt bliebe, ihm ein völliges Rätsel sei. Abschließend bedankt er sich für die guten Erläuterungen der Verwaltung und wirbt dafür – im Sinne der Verwaltungsvorlage – einen Beschluss zu treffen und bittet um eine entsprechende Abstimmung.

Herr Dr. Strahl äußert, dass er keine Notwendigkeit sehe die Vorlage – in dieser Form – zu beschließen. Er merkt an, dass er auch die Erkenntnisse der Novellierung mit berücksichtigen wolle.

Frau Klein weist darauf hin, dass ihre Fraktion beschlussfähig und sich einig sei, dass Köln eine wachsende Stadt ist und dass es ganz klare Regelungen in diesen Kriterien gebe, auch für die Kaufkraftermittlung. Sie führt aus, dass sie angesichts der Wohnungsnot – die wir alle beklagen – dies für eine kluge Idee halte, und das Prüfschema überzeugt habe, so dass sie auch zustimme.

Herr Petri merkt an, dass er überrascht sei, dass es zwischen der FDP-Fraktion und der Fraktion Die Linken spontane Übereinstimmungen gebe, und das lässt ihn auf eine positive Zusammenarbeit in solchen Fragen hoffen. Er führt aus, dass er sich bereits in der letzten Sitzung dafür ausgesprochen habe, dass er das Ganze für eine moderate Lösung halte, die dem Grundgedanken des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes entspreche, nämlich den Schutz der Zentren vorzunehmen bei gleichzeitiger Einzelfallprüfung. Er weist darauf hin, dass es hier – in zwei nachgewiesenen Fällen – die Möglichkeit Wohnraum zu schaffen gebe und begrüße die angesprochene Lösung der Verwaltung.

Herr Joisten weist darauf hin, dass das Fortschreibungsverfahren im Rahmen des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes einen ca. zweieinhalbjährigen Durchlauf bis zur endgültigen Beschlussfassung benötige. Er merkt an, dass der Bedarf von Wohnraum von Monat zu Monat ansteige und es wichtig sei diese Chance zu ergreifen, deshalb nochmal das Werben um ihre Zustimmung.

Herr Frank äußert, dass er das von der Fraktion Die Linken nicht gewohnt sei, gegenüber von Investoren Zugeständnisse zu machen, für die man nichts bekomme. Er merkt an, dass auf Grundstücken, die sich genehmigungsrechtlich dafür eignen, könne bauen wer bauen möchte, aber hier solle etwas eingetauscht werden, dass mit dem eigentlichen Zweck „Schaffung von Wohnraum“ nicht verglichen werden könne.

Abschließend schlägt er – zusammen mit der CDU-Fraktion – vor, gemäß Beschlussalternative und dem mündlich gestellten Änderungsantrag, wie folgt abzustimmen:

„Der Rat verzichtet auf den Beschluss der Ausnahmeregelung im Vorgriff auf den Gesamtbeschluss zur Fortschreibung des EHZ und bittet die Verwaltung den Vorschlag bei Gesamtfortschreibung erneut vorzulegen.“

Herr Beigeordneter Greitemann bedankt sich für die intensiven und konstruktiven Gespräche zu diesem Konzept. Er weist darauf hin, dass er diese Vorlage nochmal eingebracht habe, weil er sie nach wie vor - unter Abwägung aller Risiken – für den richtigen Weg ansehe, mit kleinen Maßnahmen Zeichen zu setzen, um Wohnungsbau in der Stadt zu fördern. Abschließend sagt er zu – sofern es zu dem Beschluss komme – dies in das Einzelhandels- und Zentrenkonzept einzubringen und dem Wirtschaftsausschuss erneut vorzulegen.

Der Vorsitzende, Herr van Geffen, lässt über die Beschlussalternative und dem mündlichen Änderungsantrag der CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt dem Rat - die so geänderte Ratsvorlage - zu beschließen:

Beschlussalternative und mündlicher Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der Rat verzichtet auf den Beschluss der Ausnahmeregelung im Vorgriff auf den Gesamtbeschluss zur Fortschreibung des EHZK und bittet die Verwaltung den Vorschlag bei Gesamtfortschreibung erneut vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke und der FDP-Fraktion - zugestimmt.

6.2 3. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2019 über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2019 1712/2019

Herr Joisten merkt an, dass es bedauerlich sei, dass der Wirtschaftsausschuss sich mit dem Thema „Sonntagsöffnung“ erneut befassen müsse, da der Rat im Dezember 2018 eigentlich für das Jahr 2019 einen Beschluss gefasst habe. Er weist darauf hin, dass er die Rahmenbedingungen intensiver geprüft und festgestellt habe, dass es sich um eine sehr weidensbezogene Veranstaltung handelt, wobei eine Berücksichtigung der Veranstaltung im Dezemberbeschluss schön gewesen wäre. Er informiert, dass der Beschlussvorlage zugestimmt würde und bittet um Ergänzung des Beschlusses, dass dies die einzige Ausnahme des Ratsbeschlusses aus Dezember 2018 sei.

Herr Dr. Strahl äußert, dass er mit der Vorlage kein Problem habe und informiert, dass dieses Stadtteilstadt das größte in ganz Köln sei und von daher tradiert und in sich eigenständig. Er weist darauf hin, dass wenn sich die Geschäftsleute gezwungen sehen über einen „Verkaufsoffenen Sonntag“ das Stadtteilstadt überhaupt noch stattfinden zu lassen, sollte die Politik ihnen das Genehmigen und stimmt der Beschlussvorlage zu.

Frau Klein weist auf die überzeugende Anzahl der Daten hin, die hier extra erhoben worden seien, um das Ganze zu untermauern und stimmt dem auch zu. Abschließend merkt sie kritisch an, dass der Aufwand diese Daten zu erheben gigantisch sei und insofern wäre es erschreckend, wenn Stadtteilstellen in den Veedeln nicht mehr zustande kämen.

Herr Frank merkt an, dass diese Öffnung auch im Dezemberpaket 2018 hätte sein können, dass aber die entsprechenden Fakten zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorlagen. Er weist darauf hin, dass diese Erhebungen dem veränderten Gesetz geschuldet seien und könne der Vorlage zustimmen. Ansonsten verweist er auf den Ratsbeschluss vom 18.12.2018 und ist der Auffassung, dass damit 2019 geregelt sei.

Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt gem. § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) den Erlass der in der Anlage 01 beigefügten 3. Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2019.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke - zugestimmt.

**6.3 Beschäftigung Langzeitarbeitsloser
1841/2019**

Herr Joisten bedankt sich für die – als Tischvorlage eingestellte – Vorlage, die nach erster Sichtung – aus seiner Sicht – in die richtige Richtung ginge. Er bittet die Vorlage ohne Votum in nachfolgende Gremien – durchaus wohlwollend – zu verweisen.

Herr Dr. Strahl weist darauf hin, dass seine Fraktion in der Lage sei die Vorlage zu beschließen, da es zum einen um die Ausführung eines Ratsbeschlusses gehe, und zum anderen sei es im Sinne der Stadt, da es den Ausführungen des Bündnisses für Arbeit entspreche.

Herr Frank merkt ergänzend dazu an, dass in der Ratssitzung am 18.12.2018 – aus seiner Sicht – mit breiter Mehrheit der Beschluss getroffen worden sei, und er könne – wie auch die CDU-Fraktion – dem zustimmen.

Frau Klein bedankt sich bei der Verwaltung für die ausführliche Darstellung. Sie weist darauf hin, dass es sinnvoll sei, die Vorlage gemeinsam auf den Weg zu bringen, und stimmt dem so zu.

Herr Petri fragt nach, inwieweit der Personalrat einbezogen worden sei und sich die tariflichen Regelungen bei der KGAB gestalten. Des Weiteren bittet er um Erläuterung zu den im Katalog aufgeführten Bereichen, die originäre Aufgaben der Verwaltung seien und jetzt über die Gesellschaft abgewickelt würden. Abschließend äußert er, dass seine Fraktion abstimmungsfähig sei.

Frau Gramm, 50 – Amt für Soziales, Arbeit und Senioren, äußert zu den Fragen von Herrn Petri, dass es eine stadtinterne Arbeitsgruppe gebe, da es sich hier um Beschäftigung bei der Stadt bzw. für die Stadt bei der KGAB handelt. Sie informiert, dass ein Mitglied des Gesamtpersonalrates in dieser Arbeitsgruppe vertreten sei und insofern auch den Vorbereitungs- und Entscheidungsprozess mitgestaltet. Sie weist da-

rauf hin, dass die Eingruppierung nach den Vorgaben der Arbeitsplätze erfolgt und dies gelte auch für die KGAB (Tarifvertrag öffentlicher Dienst sowie der Tarifvertrag des Wach- und Sicherheitsgewerbes) und berichtet, dass dies der Zwischenschritt in die unbefristete Übernahme auf Planstellen bei der Verwaltung sei und dies gelte auch aus der KGAB, aber letztendlich sehe die Verwaltung in dem Projekt „Beschäftigung Langzeitarbeitsloser“ auch die Möglichkeit der Personalgewinnung.

Herr Beigeordneter Greitemann weist darauf hin, dass dies eine großartige Vorlage sei bei der sich Politik und Verwaltung einig sind, und deshalb habe er sie so kurzfristig - noch vor der Sommerpause - eingebracht.

Der Vorsitzende, Herr van Geffen, bittet die Vorlage ohne Votum weiterzugeben, aber mit dem Hinweis, dass der Wirtschaftsausschuss sie positiv bewertet.

Beschluss:

Die Ratsvorlage wird ohne Votum in nachfolgende Gremien verwiesen, mit dem Hinweis, dass der Wirtschaftsausschuss die Vorlage grundsätzlich positiv bewertet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7 Unterrichtung des Wirtschaftsausschusses über wirtschaftsrelevante Angelegenheiten

7.1 Berichtspflicht gemäß § 42 Geschäftsordnung des Rates - Bericht an den Wirtschaftsausschuss, Stand 31.12.2018 1320/2019

Herr Josipovic, VI/2 – Stabsstelle Wirtschaftsförderung, äußert, dass er Herrn Frank bzgl. der Umfänglichkeit des Berichtes zugesagt habe sich sachkundig zu machen. Er erläutert, dass der § 42 einen Bericht in diesem Rahmen nur für solche Beschlüsse, die auf der Basis von Anträgen der Fraktionen und nicht für Beschlüsse, die auf Verwaltungsvorlagen beruhen, vorsehe. Er weist darauf hin, dass der Bericht - bis auf eine Ausnahme (Beschluss Nov. 2018 – Einrichtung eines Kreativhauses – zu kurzfristiger Berichtszeitraum) vollständig sei.

Frau Thelen bedankt sich für die weitere Erläuterung und merkt an, dass das so nachvollziehbar sei.

Herr Joisten bedankt sich für die ergänzende Erläuterung und merkt an, dass er über die Einschätzungen der Erledigungsvermerke der Verwaltung etwas erstaunt sei. Er weist auf den Markenbildungsprozess und das Strategische Flächenmanagement hin, wo seiner Auffassung nach die konkrete Beauftragung durch den Ausschuss von der Verwaltung abgearbeitet wurde, aber dass dies fortgeführt und weiterentwickelt werden müsse. Er merkt an, dass er diese Aufträge nicht als erledigt betrachte und wünscht sich mehr Klarheit und mehr Rückkopplung, an welchen Stellen der Kernauftrag erledigt sei und was es im Folgenden noch an Beschlüssen aus der Politik bedürfe.

Frau Klein fragt bzgl. des Logistikkonzeptes aus 2010 die Verwaltung, warum das so lange dauert und so kompliziert sei. Sie glaube, dass das Thema Verkehr als Prob-

lemfeld mittlerweile bei allen angekommen sei, spätestens aber bei denen, die gestern über die Nord-Süd-Fahrt gelaufen seien.

Herr Beigeordneter Geitemann äußert dazu, dass das die Verwaltung schriftlich beantworten müsse.

Herr Breuer informiert, dass das Thema nicht mehr ganz umfänglich im Dezernat für Stadtentwicklung, Planen und Bauen sei. Er weist darauf hin, dass die Verwaltung dabei wäre, die Ergänzung der konkurrierenden Flächenansprüche in das Strategiekonzept einzuarbeiten.

Herr Beigeordneter Greitemann äußert ergänzend dazu, dass sich die Erledigungsvermerke auf die seinerzeit erteilten Arbeitsaufträge bezogen. Er merkt an, dass die Sichtweise – was hier angemahnt wurde - bedeute, dass eine Revision des Markenprozesses aus der Wirtschaftsförderungs-GmbH heraus angestrebt werden müsse.

Der Wirtschaftsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

8 Marktwesen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

9 "koeln.de"

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

10 Medien- und Internetwirtschaft in Köln

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

11 Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation

11.1 Gesundheits- und Sozialwesen – Beschäftigungsentwicklung in Köln und im Regionalvergleich 2008 bis 2018 2127/2019

Frau Thelen bittet darum, da das Konzept relativ kurzfristig vorgelegt wurde, diese Mitteilung in der nächsten Sitzung des Ausschusses erneut aufzurufen.

Der Wirtschaftsausschuss vertagt die Mitteilung in die nächste Sitzung.

12 Beschäftigungsförderung / Arbeitsmarktförderung

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

13 Förderung und Sicherung des Industriestandortes Köln (Ratsbeschluss vom 31.01.2002)

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

14 Mitteilungen

**14.1 Stadtentwicklungskonzept Wirtschaft – Ergebnisse der Büroflächenerhebung
1491/2019**

Der Wirtschaftsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis

**14.2 Rücknahmen der Klage gegen Baugenehmigung Containerterminal Niederkassel
1769/2019**

Herr Joisten äußert Verwunderung darüber, dass seine Fraktion von der Klage aus der Presse erfahren musste und dass die Klage dann zurückgenommen wurde ohne – aus seiner Sicht - die zugrunde gelegte Problematik geklärt zu haben. Er berichtet über die Verkehrsprobleme im Porzer Süden und dass er der Auffassung sei, dass durch dieses Vorhaben das Problem deutlich ausgeweitet würde. Er merkt an, dass seine Fraktion nicht nachvollziehen könne, warum von der Klage Abstand genommen wurde, und wünscht sich eine aktivere Einbindung der Politik in solche Verfahren.

Herr Dr. Strahl merkt an, dass er nachvollziehen könne, dass die Stadt Köln fristwährend rechtliche Schritte eingeleitet und fristgemäß wieder zurückgenommen habe.

Frau Klein merkt an, dass sie dies in ähnlicher Weise gelesen habe. Sie führt aus, dass die Politik gefordert habe, miteinander mit verschiedenen Themen zusammen zu arbeiten und zum Thema Verkehr mache dies – aus ihrer Sicht – Sinn.

Herr Beigeordneter Greitemann informiert, dass die Verwaltung fristwährend geklagt habe, weil der Genehmigungsakt seitens der Nachbarkommune nicht entsprechend durchgeführt wurde. Des Weiteren weist er darauf hin, dass weitere Gespräche geführt worden seien und er keine Veranlassung gesehen habe, den Schriftverkehr in den politischen Raum weiterzuleiten. Er merkt an, dass er den Wunsch der Politik, nach mehr Informationen in dieser Angelegenheit weiterleiten werde. Abschließend bittet er um mehr Vertrauen in die Verwaltung.

Herr Joisten bittet die Verwaltung um qualitative Informationen z. B. darüber, was genau vereinbart wurde und was die Situation zur Verkehrssituation im Porzer Süden verändern könne.

Der Wirtschaftsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis

**14.3 Veröffentlichung der Studie "LSBTIQ als Wirtschaftsfaktor für Köln"
1871/2019**

Der Wirtschaftsausschuss vertagt die Mitteilung in die Oktobersitzung.

15 Allgemeine Beschlussvorlagen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

16 Mündliche Anfragen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Herr van Geffen, schließt die öffentliche Sitzung.

gez. Jörg van Geffen
(Vorsitzender)

gez. Ulrike Kleindienst
(Schriftführerin)